

Inhaltsverzeichnis

1	Funktionen und Begriff der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit	1
1.1	Der rechtliche Rahmen der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit	2
1.1.1	Der fundamentale Unterschied zwischen der Öffentlichkeitsarbeit privater und staatlicher Einrichtungen	2
1.1.2	Die drei wichtigsten „Leitplanken“ der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit	4
1.1.3	Systematik der Fragestellungen	4
1.1.4	Überblick zu den Prüfungspunkten der Rechtmäßigkeit	5
1.2	Staatliche Informationsmaßnahmen	7
1.2.1	Informationsmaßnahmen als Bestandteil der Hauptaufgabe	7
1.2.2	Informationen über die Aufgabenerfüllung	9
1.3	Staatliche Öffentlichkeitsarbeit als Rechtsbegriff	10
1.4	Funktionen der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit	12
1.4.1	Leistungs-, Arbeits- und Erfolgsberichte	13
1.4.2	„Service-Informationen“	13
1.4.3	Transparenz und Willensbildung	14

VIII Inhaltsverzeichnis

1.4.4	Akzeptanz belastender Entscheidungen	15
1.4.5	Externe Personalgewinnung	16
1.5	Definition Social-Media-Recht	16
2	Wer kommuniziert staatlich?	19
2.1	Staatlichkeit der Öffentlichkeitsarbeit nach Begriff, Funktionen und Aufbau der Verwaltung	21
2.1.1	Einordnung nach dem verwaltungsverfahrenrechtlichen Behördenbegriff	21
2.1.2	Einordnung nach der Funktion der Verwaltung	22
2.1.3	Einordnung nach Aufbau der öffentlichen Verwaltung	24
2.2	Öffentlichkeitsarbeit und Grundrechtsverpflichtung	26
2.2.1	Keine Presse- und Meinungsfreiheit der Redaktionen	28
2.2.2	Öffentlichkeitsarbeit privatrechtlich organisierter öffentlicher Verwaltung	29
2.2.3	Öffentlichkeitsarbeit der Kommunen	33
2.2.4	Stadtmarketing der Kommunen	35
2.3	Sonderfälle grundrechtlicher Kommunikationsfreiheit der öffentlichen Verwaltung	39
2.3.1	Kommunikationsfreiheit der öffentlichen Verwaltung als Ausnahme	40
2.3.2	Öffentlichkeitsarbeit der Universitäten und Fakultäten	41
2.3.3	Öffentlichkeitsarbeit der Einrichtungen der Kunst	44
2.3.4	Öffentlichkeitsarbeit der Rundfunkanstalten	45
2.3.5	Öffentlichkeitsarbeit der Berufsverbände	49
2.3.6	Öffentlichkeitsarbeit der Kirchen	50
2.3.7	Öffentlichkeitsarbeit der Parteien und Gewerkschaften	51

3	Verwaltungs- und verfassungsrechtliche Grundsätze der Öffentlichkeitsarbeit	53
3.1	Verwaltungsrechtliche Grundsätze zur staatlichen Öffentlichkeitsarbeit	54
3.1.1	Aufgaben- und Themenkompetenz zur Öffentlichkeitsarbeit	55
3.1.2	Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	60
3.1.3	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	67
3.1.4	Klagemöglichkeiten der Bürger und Bürgerinnen bei unzulässiger Öffentlichkeitsarbeit	67
3.2	Verfassungsrechtliche Grundsätze zur staatlichen Öffentlichkeitsarbeit	71
3.2.1	Gebot zur Information der Öffentlichkeitsarbeit	71
3.2.2	Staatsfreiheit der Willensbildung	72
3.2.3	Parteilpolitische Neutralität	73
3.2.4	Staatsferne der Presse	75
3.2.5	Sachlichkeit und Richtigkeit der Informationen	78
3.3	Umsetzung von Neutralität und Sachlichkeit – Journalistische Standards	81
3.3.1	Objektive Perspektive	81
3.3.2	Formen der Informationstexte und die W-Fragen	82
3.3.3	Überschriften und Vorspann	83
3.4	Äußerungsrecht der Mitarbeitenden der Öffentlichkeitsarbeit	84
3.4.1	Dienstliche Verhaltensregeln	84
3.4.2	Pflichten außerhalb des Dienstes	87
3.5	Äußerungsrecht gewählter Amtsträger	88
3.5.1	Äußerungen mit Amtsbezug	88
3.5.2	Äußerungen ohne Amtsbezug	89

X Inhaltsverzeichnis

4	Social-Media-Accounts der öffentlichen Verwaltung	91
4.1	Der Social-Media-Account als „öffentliche Einrichtung“	92
4.1.1	Rechtsnatur interaktiver behördlicher Accounts	93
4.1.2	Berechtigung zur Unterhaltung des Accounts	93
4.2	Die Moderation des Accounts	98
4.2.1	Themenbezug der Nutzerkommentare	98
4.2.2	Zugang, Kommentierungen und Sperrungen	99
4.2.3	Der Meinungsfreiheit unterliegende Kommentare	100
4.2.4	Abwägung zwischen Meinungsfreiheit und Ehre	101
4.2.5	Nicht der Meinungsfreiheit unterliegende Kommentare	104
4.2.6	Verteidigung der öffentlichen Verwaltung gegen Angriffe	107
4.2.7	Netzwerkdurchsetzungsgesetz – NetzDG	110
4.2.8	Löschungspflicht der Moderatoren bei rechtswidrigen Äußerungen	110
4.3	Einhaltung der allgemeinen Gesetze zum Social-Media-Recht	112
4.3.1	Störerhaftung der öffentlichen Verwaltung	113
4.3.2	Checkliste soziale Medien	114
4.4	Einsatz von Künstlicher Intelligenz	118
4.4.1	Künstliche Intelligenz und Kennzeichnungspflichten	119
4.4.2	Künstliche Intelligenz und Datenschutz	120
4.4.3	Künstliche Intelligenz und das „Recht am Bild“	121
4.4.4	Künstliche Intelligenz und das Urheberrecht	122
	Literatur	125
5	Datenschutz bei personenbezogenen Inhalten der Öffentlichkeitsarbeit	127
5.1	Grundsätze und Rechtsgrundlagen	127
5.1.1	Erlaubnisvorbehalt zur Verarbeitung personenbezogener Daten	128

5.1.2	Anzuwendende Datenschutzgesetze	128
5.1.3	Besondere Bedeutung der Rechtsgrundlage „öffentliches Interesse“	129
5.2	Personenfotos in der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit	132
5.2.1	Suche der passenden Rechtsgrundlagen	133
5.2.2	Tragfähigkeit der Rechtsgrundlage	135
5.2.3	Umsetzungen der Informationspflichten	139
5.3	Personenfotos und Pressetermine	140
5.3.1	Die Presse wird auf Grund eigener Initiative tätig	141
5.3.2	Auf Initiative der Einrichtung tätige Presse – Eingeladene Presse	142
	Literatur	145
6	Auskunftsrechte der Presse	147
6.1	Rechtsgrundlagen der Auskunftsansprüche	148
6.1.1	Bundespresseauskunftsgesetz	148
6.1.2	Verfassungsunmittelbarer Auskunftsanspruch der Presse	149
6.1.3	Auskunftsanspruch gemäß Landespressegesetzen	149
6.1.4	Auskunftsanspruch gemäß Medienstaatsvertrag	150
6.1.5	Zugang zu amtlichen Informationen gemäß der Informationsfreiheitsgesetze	151
6.2	Presserechtlich Auskunftsberechtigte	151
6.2.1	Unternehmen und Hilfsunternehmen der Presse sowie freie Journalisten	152
6.2.2	Journalistisch-redaktionell gestaltete Unternehmenspublikationen	153
6.2.3	Presserechtlicher Auskunftsanspruch der Blogger	153
6.3	Auskunftsverpflichtete Organisationen	154
6.4	Gegenstand und Form der presserechtlichen Auskunft	155
6.4.1	Inhalte der Auskunft	155
6.4.2	Form und Durchführung der Auskunft	156

XII Inhaltsverzeichnis

6.5	Auskunftsverweigerungsgründe	157
6.5.1	Auskunftsverweigerung bei schwebenden Verfahren	157
6.5.2	Auskunftsverweigerung bei Geheimhaltungsvorschriften	158
6.5.3	Auskunftsverweigerung bei überwiegenden öffentlichen Interessen	159
6.5.4	Auskunftsverweigerung bei schutzwürdigen privaten Interessen	159
6.5.5	Auskunftsersuchen, die das zumutbare Maß übersteigen	161